

Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Von Juli 2015 bis Juni 2016 fanden sechs Plenartagungen des Ausschusses der Regionen (AdR) statt.¹ Dabei wurden von den 350 Vertreterinnen und Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften zehn Resolutionen und 51 Stellungnahmen zu Initiativen der Europäischen Kommission beschlossen. Wie üblich nahmen Vertreter der jeweiligen Präsidentschaften des Rates der Europäischen Union und zahlreiche Mitglieder der Kommission an den Plenar- und Fachkommissionsitzungen teil und nutzten die Gelegenheit zu einer politischen Aussprache. So stellte Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans während der Plenartagung im Dezember 2015 das Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 vor. Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk führte während der Februar-Tagung 2016 einen Meinungs austausch mit den AdR-Mitgliedern über die zahlreichen europäischen Herausforderungen, unter anderem die Perspektiven des bevorstehenden britischen EU-Referendums. Tusk warb zudem um Unterstützung bei der Bewältigung der europäischen Migrationskrise. Die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Corina Crețu sprach sich dort für Vereinfachungen bei der administrativen Umsetzung der Kohäsionspolitik aus. Erstmals suchte im Oktober 2015 auch die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini den Kontakt zum AdR und informierte sich über die Rolle von Regionen und Kommunen in den EU-Außenbeziehungen.

Schwerpunkte der Arbeiten

Während der Plenartagung im Juni 2015 legte der AdR fünf politische Prioritäten für die fünfjährige Mandatsperiode bis 2020 fest, die in den Arbeiten der Fachkommissionen berücksichtigt und auch in der Kommunikationspolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern deutlich werden sollten:²

- (1) Ein Neubeginn für die europäische Wirtschaft: Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Städten und Regionen für eine bessere Lebensqualität der Bürger.
- (2) Der regionale Aspekt der EU-Rechtsvorschriften zählt: Im Interesse der Bürger handeln, wo immer sie leben und arbeiten möchten.
- (3) Ein einfacheres, besser vernetztes Europa: Bürger und Unternehmen auf kommunaler und regionaler Ebene wieder zusammenbringen.
- (4) Stabilität und Zusammenarbeit inner- und außerhalb der Europäischen Union: Unterstützung der Nachbarstaaten auf ihrem Weg zu europäischen Werten.

1 113. Plenartagung (7.-8.10.2014), 114. Plenartagung (18.-19.7.2015), 115. Plenartagung (3.-4.12.2015), 116. Plenartagung (10.-11.2.2016), 117. Plenartagung (7.-8.4.2016); 118. Plenarsitzung (15.-16.6.2016); Berichte über die Plenartagungen sind abrufbar unter: <http://cor.europa.eu/de/activities/plenary/Pages/plenary-sessions.aspx> (letzter Zugriff: 1.7.2016).

2 Entschließung zu den Prioritäten des Europäischen Ausschusses der Regionen für die sechste Mandatsperiode 2015-2020, in: Amtsblatt der EU C 260, 7. August 2015, S. 1-5.

(5) Das Europa der Bürger ist das Europa der Zukunft: verstärkte zukunftsorientierte Partnerschaften zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern.

Diese Schwerpunkte finden sich in zahlreichen Entschlüssen und Stellungnahmen des AdR wieder. Behandelt wurden Themen zur gesamten Bandbreite der EU-Politiken mit regionalem und lokalem Bezug, wie der digitale Binnenmarkt und die Klimapolitik (Oktober 2015) sowie die Reform der Strukturpolitik (April 2016). Zudem befasste sich der AdR auf Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten im April 2016 ausführlich mit der Zukunft der Europäischen Union. Hinzu kamen bürgernahe Themen wie die jugendpolitische Zusammenarbeit (Februar 2016) und die Verbesserung der Stadt-Land-Beziehungen (Oktober 2015). Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 wurde im Juli und Dezember 2015 ausführlich diskutiert. Die Erfahrungen mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) standen im Oktober 2015 auf der Agenda. Bezüglich dieses neuen Instruments der Bürgerbeteiligung forderte der AdR von der Kommission Vereinfachungen des Verfahrens und organisatorische Hilfestellungen, etwa durch die Einsetzung von ‚Help-Desks‘. Kritisiert wurde die häufige Ablehnung von Vorschlägen für EBI.

Flüchtlingsproblematik und Einwanderungspolitik

Der AdR musste sich auch mit aktuellen Herausforderungen befassen, zu denen 2015/2016 vor allem die Flüchtlingsproblematik gehörte. Die Regionen und Kommunen sind von der seit 2015 stark anwachsenden Zahl von Flüchtlingen in besonderem Maße betroffen. Zum besseren Informations- und Erfahrungsaustausch wurde eine neue AdR-Webseite mit Informationen über Entwicklungen rund um das Thema Migration und Integration aus regionaler und lokaler Sicht eingerichtet.³ Finanzierungsmöglichkeiten für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Best-Practice-Beispiele werden dort vorgestellt.

Das Thema Migration stand mit unterschiedlichen Akzentsetzungen vielfach auf der Tagesordnung des AdR. Im Rahmen der 113. Plenartagung im Juli 2015 wurde auf Antrag der vier Fraktionen EVP, SPE, ALDE und der Gruppe der Europäischen Allianz die Entschließung „Ein tragfähiger Ansatz der EU für Migration“ mit großer Mehrheit verabschiedet,⁴ aber ohne Zustimmung der Fraktion der Konservativen und Reformen. Der AdR betont darin, dass die Migrationsproblematik in die Verantwortung der gesamten Europäischen Union und damit aller EU-Staaten falle. Ein gemeinsamer Ansatz müsse langfristig tragfähig sein, auf Solidarität beruhen und Menschenrechte achten. Allen Aspekten der Migration müsse Rechnung getragen und Schleuserkriminalität wie Menschenhandel bekämpft werden. Der AdR unterstreicht außerdem die Bedeutung der Entwicklung und Stabilität in Drittstaaten, einer wirksamen Rückführungspolitik sowie Europas demografischer Herausforderungen. Neben dem Nutzen einer erfolgreichen Einwanderungspolitik für den Einzelnen sei reguläre Migration aufgrund ihres Beitrags zum Arbeitsmarkt sowie zur Finanzierung der Sozialsysteme auch ein Zugewinn für die Gesellschaft insgesamt. Allerdings stelle die ungleiche Verteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zwischen den Staaten sowie zwischen und innerhalb von Regionen eine große Herausforderung für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dar. Kritisiert wurden die fehlende Vorausplanung und die Unmöglichkeit, sich rechtzeitig auf die Aufnahme einzustellen.

3 AdR: Migration and Europe's regions, abrufbar unter: <http://cor.europa.eu/de/news/Pages/migration-europe-regions.aspx> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

4 AdR: Entschließung Ein tragfähiger Ansatz der EU für Migration, 2015/C 313/01, in: Amtsblatt der EU C 313, 22. September 2015, S. 1-4.

In Anwesenheit des für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständigen Kommissars Dimitris Avramopoulos fand in der Plenartagung im Dezember 2015 eine umfassende Aussprache zu der im Mai 2015 von der Kommission veröffentlichten Migrationsagenda statt. In seiner Stellungnahme stellt der AdR fest, dass der Strom der Asylsuchenden und irregulären Wirtschaftsmigranten, die in der Europäischen Union ankommen, ein bislang ungekanntes Ausmaß angenommen hat.⁵ Die Zahl der Migranten mache deutlich, dass die Kapazitäten eines einzelnen Mitgliedstaates, diesen Zustrom alleine zu bewältigen, auf kurze bis mittlere Sicht nicht ausreichen können. Einheit und Solidarität zwischen den EU-Staaten, sowie ein stärker partnerschaftliches Denken, Zugehörigkeitsgefühl und geteilte Verantwortung seien erforderlich. Alle, von den europäischen bis zu den lokalen, Regierungs- und Verwaltungsebenen müssten einen gemeinsamen Ansatz finden, um die sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Herausforderungen zu bewältigen. Nur mithilfe eines umfassenden und integrierten politischen Ansatzes, der bei den grundlegenden Ursachen für Migration ansetzt, könne das Problem erfolgreich gelöst werden.

Ein spezifischer Aspekt der Migrationsproblematik wurde vom AdR während der Tagung vom Februar 2016 in seiner „EntschlieÙung zu den Bedrohungen für den grenzfreien Schengen-Raum der EU“ aufgegriffen. In Anbetracht der außergewöhnlichen Situation betonte der AdR, dass die Freizügigkeit

„(...) und die Abschaffung der Binnengrenzen zentrale Errungenschaften der europäischen Integration sind, die nicht nur erhebliche wirtschaftliche, soziale und territoriale Auswirkungen, sondern für die Europäische Union und ihre Bürger auch einen hohen symbolischen Wert haben, da sie unmittelbar mit dem Projekt einer noch engeren Union der Völker Europas verbunden sind.“⁶

Zudem seien offene Binnengrenzen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union profitierten vom Wegfall der Binnengrenzen, was die wirtschaftliche Entwicklung, den sozialen und kulturellen Austausch, die grenzübergreifende Zusammenarbeit und insbesondere die Umsetzung der europäischen Programme für die territoriale Zusammenarbeit und der Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit angehe. Der AdR rufe daher die Mitgliedstaaten, Organe und Einrichtungen der Europäischen Union auf, rasch eine konstruktive Haltung einzunehmen und der Versuchung zu widerstehen, vereinfachende Lösungen zu versprechen. Befristete Grenzkontrollen dürften nicht unbegrenzt verlängert werden.

Halbzeitüberprüfung des Finanzpakets 2014 bis 2020

Während der 118. Plenartagung vom Juni 2016 legte der AdR seinen Vorschlag zur Halbzeitüberprüfung des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens vor.⁷ Darin setzte er sich für eine Finanzausstattung ein, die bis 2020 die Finanzierung wachstumsfördernder Strukturmaßnahmen und neuer Instrumente wie der Jugendgarantie, des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen gewährleistet. Angesichts der aktuellen Herausforderungen sprach sich der AdR gegen jegliche Umschichtung der Strukturfonds aus. Die Regionalpolitik (Mittelausstattung: circa 350 Mrd. Euro bis 2020) ziele eindeutig auf die Förderung langfristiger Maßnahmen

5 Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen – Die europäische Migrationsagenda, 2016/C 051/03, in: Amtsblatt der EU C 51, 10. Februar 2016, S. 14-21.

6 AdR: EntschlieÙung zu den Bedrohungen für den grenzfreien Schengen-Raum der EU, 2016/C 120/02, in: Amtsblatt der EU C 120, 5. April 2016, S. 4.

7 AdR: Regionen und Städte fordern überarbeiteten EU-Haushalt zur Wachstumsförderung und Finanzierung der neuen Migrationsagenda, 15.6.2016.

und biete nicht die richtigen Instrumente zur Krisenbewältigung. In Bezug auf Europas Forschungs- und Innovationsprogramm ‚Horizont 2020‘ und die Fazilität ‚Connecting Europe‘ zur Finanzierung strategischer Infrastrukturen vorrangig in östlichen EU-Ländern bestehe eine enorme Diskrepanz zwischen Zielen und Mitteln für den Zeitraum 2014 bis 2020. Die Haushaltsüberprüfung sollte einen Ausgleich für die Kürzungen sicherstellen, die durch die Mittelausstattungen für diese Instrumente zur Finanzierung des EFSI vorgenommen worden seien. Zur Deckung zusätzlicher Ausgaben könne die Haushaltsflexibilität keine Lösung für den Mangel an Finanzmitteln darstellen. Europäische Ziele wie die Aufnahme und Integration von Migrant*innen könnten nur durch eine Anhebung der Ausgabenobergrenzen der einschlägigen Haushaltslinien erreicht werden. Die Aufstockung der EU-Eigenmittel sowie neue Bestimmungen, etwa die Abschaffung des Rückflusses nicht ausgegebener EU-Mittel in die nationalen Haushalte, sollten sorgfältig erwogen werden.

Neue Indikatoren für die territoriale Entwicklung

Eigene Akzente setzte der AdR mit der Initiativstellungnahme zu „Indikatoren für die territoriale Entwicklung – über das BIP hinaus“. Zwar sei das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein einfacher Indikator auf der Grundlage einer klaren Methodik, der einen Vergleich zwischen Staaten und Regionen ermögliche, und ein nützliches Instrument für die Zuweisung von Ressourcen. Doch könne damit nicht die Fähigkeit einer Gesellschaft abgebildet werden, Probleme wie Klimawandel, Ressourceneffizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität, Demografie, soziale Inklusion, Einkommens- und Ressourcenverteilung zu bewältigen. Methoden zur Ergänzung des BIP müssen entwickelt werden, um den Fortschritt und die Entwicklung bei gemeinsam definierten Zielen zu messen.⁸ Daher sei die Verfügbarkeit von Indikatoren und regelmäßig aktualisierten Daten auf regionaler Ebene für die Entscheidungsfindung wie für die Zuverlässigkeit politischer Programme wesentlich. Die Kommission wurde aufgefordert, im Zuge der Überarbeitung der Strategie Europa 2020 den territorialen Zusammenhalt stärker zu berücksichtigen, indem neben dem BIP auch wirtschaftliche, ökologische wie soziale Faktoren gleichermaßen herangezogen werden.

Der AdR wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass die diesbezügliche Debatte zu den Indikatoren politischer Natur sei und mit einer partizipativen und demokratischen Definition der strategischen Ziele für derzeitige und künftige Generationen bezüglich des politischen Handelns einer jedweden Instanz beginnen sollte. Als Entscheidungshilfe sei ein Modell zur Aufstellung einer Rangordnung der Prioritäten des Wohlergehens auf lokaler Ebene zu schaffen, damit gebietspezifische Besonderheiten in einem für alle EU-Gebiete geltenden Rahmen ermittelt werden können. Diese Rangfolge könne dann zur ex-ante- und ex-post-Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen auch in der Phase der Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den lokalen Gebietskörperschaften oder bei Konsultationen lokaler Interessenträger eingesetzt werden.

Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa

In einer ausführlichen Stellungnahme befasste sich der AdR in seiner Tagung vom Februar 2016 mit der EU-Jugendpolitik.⁹ Darin wurde betont, dass auf neue Herausforderungen, wie die Integration junger Flüchtlinge oder die Verbreitung extremistischer Ansichten

8 Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen – Indikatoren für territoriale Entwicklung – über das BIP hinaus, 2016/C 120/05, in: Amtsblatt der EU C 120, 5. April 2016, S. 16-21.

9 Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen – jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018), 2016/C 120/06, in: Amtsblatt der EU C 120, 5. April 2016, S. 22-26.

unter Jugendlichen, nach Möglichkeit schnell mit der entsprechenden Feinsteuerung der Politik reagiert werden müsse. Der AdR nahm mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die direkte politische Aktivität insbesondere in Form der Wahlbeteiligung bei Jugendlichen sinkt und im Vergleich zu älteren Generationen niedriger ausfällt. Er begrüßte zugleich das Interesse zahlreicher junger Menschen, sich als aktive Mitglieder ihrer lokalen Gemeinschaft in Form von Mitgliedschaften in Organisationen, durch Online-Tools der sozialen Medien oder durch die Leistung von Freiwilligenarbeit einzubringen.

Kritisiert wurde aber, dass die Kommission die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Bereich der Jugendpolitik nicht hinreichend berücksichtige. Sie plädiere in der Jugendpolitik ohne regionalen und kommunalen Bezug für ein größeres Engagement der EU-Staaten und für eine bessere Abstimmung auf europäischer Ebene. Auch schade die Migration junger Menschen aus weniger wohlhabenden beziehungsweise aus den am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffenen Regionen dem territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Europäischen Union und führe zu ernsthaften demografischen Problemen. Der Abwanderung von jungen Menschen sei – finanziert durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds – durch interregionale Partnerschaften und durch direkte lokale und regionale Maßnahmen entgegenzuwirken.

Die Kommission wurde aufgefordert, sich für die Gewährleistung einer Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche einzusetzen und sicherzustellen, dass alle jungen Menschen eine „Mindestqualifikations- und Kompetenzgarantie“ erreichen, die in der gesamten Europäischen Union anerkannt wird. Zudem müsse jeder Mitgliedstaat jungen Menschen ein bestimmtes ‚Basispaket‘ garantieren, unter anderem den Zugang zu Breitband-Internetverbindungen, die Möglichkeit zum Erwerb hinreichender Kenntnisse in der zweiten Fremdsprache im Rahmen der öffentlichen Bildung, Berufsberatung und fortlaufende Betreuung. Auch gehe es um die Chance auf eine angemessene Beteiligung an der Freiwilligentätigkeit und die Vorbereitung auf eine erste Beschäftigung. Mit Blick auf das politische Engagement und der Bereitschaft zur Teilhabe von Jugendlichen fordern die AdR-Mitglieder, eine Senkung der unteren Altersgrenze im Wahlrecht auf 16 Jahre zu prüfen.

Positiv wird vermerkt, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten neue Formen der Teilhabe an demokratischen Prozessen und den Zugang zur politischen Entscheidungsfindung im Rahmen der EU-Jugendstrategie nutzen wollen. Junge Menschen müssten stärker über ihr Recht aufgeklärt werden, eine EBI vorzuschlagen und zu unterstützen. Der AdR empfiehlt zudem, unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems die vorbildlichen Verfahren der Staaten und Regionen bei der Vermittlung politischer Kompetenzen zu prüfen.

Vernetzung und Erfahrungsaustausch als Daueraufgaben

Der AdR sieht die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten als eine wichtige Aufgabe an.¹⁰ Hierzu wurden zahlreiche Plattformen und Netze eingerichtet sowie Foren veranstaltet, um die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen Regionen, Städten und Gemeinden zu erleichtern und Partnerschaften mit ihren repräsentativen Organisationen zu entwickeln. Aktuell hat der AdR fünf Netzwerke zum Erfahrungsaustausch eingerichtet:¹¹

10 AdR: Grundsatzerklärung zu den Aufgaben, 21. April 2009, CdR 56/2009 fin, abrufbar unter: <http://cor.europa.eu/en/about/Documents/Mission%20statement/DE.pdf> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

11 AdR: Über die Netzwerke, abrufbar unter: <http://cor.europa.eu/de/activities/networks/Pages/about-networks.aspx> (letzter Zugriff: 25.8.2016).

Europa-2020-Monitoringplattform, Netz für Subsidiaritätskontrolle, Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit, Dezentralisierte Entwicklungszusammenarbeit und Bürgermeisterkonvent.

Den alljährlich im Rahmen der Oktober-Plenartagung stattfindenden ‚Open Days‘ kommt bei der Vernetzung regelmäßig eine herausragende Bedeutung zu. 2015 standen die 27 Diskussionsveranstaltungen und 105 Workshops mit mehr als 5.000 Teilnehmenden in den Gebäuden der EU-Institutionen und den regionalen Vertretungen in Brüssel unter dem Motto: „Regions and cities: Partners for investment and growth“.¹² Schwerpunktthemen waren die regionale Unterstützung der Energieunion und des digitalen Binnenmarktes, die Bedeutung kleiner und mittelständischer Unternehmen für Innovation und Arbeitsplatzbeschaffung sowie Möglichkeiten der Verbesserung der Stadt-Land-Beziehungen. Zudem gab es verschiedene Netzwerktreffen und zahlreiche Veranstaltungen in den Regionen.

Rolle und Einfluss des AdR

Dem AdR kommt eine wichtige Scharnierfunktion zwischen der Europäischen Union und den Regionen und Kommunen zu, die im europäischen Mehrebenensystem einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der übergreifenden Ziele im Rahmen der ‚Europa 2020-Strategie‘ leisten müssen.¹³ Der AdR versteht sich als „Botschafter Europas in den Regionen, Städten und Gemeinden und deren Sprachrohr in der europäischen Debatte.“¹⁴ Diese Sprachrohrfunktion wird vor allem auch dazu genutzt, auf Probleme aufmerksam zu machen und neue Themen auf die europäische Agenda zu setzen.¹⁵ Auch wenn die faktische Entscheidungsmacht des Beratungsorgan AdR gering ist, so wurden doch die vielfachen Kontakte zu wichtigen EU-Entscheidungsträgern erfolgreich zur Einflussnahme genutzt.¹⁶ In einem Grundsatzdokument definierten die AdR-Mitglieder bereits 2009 ihre Aufgabe zudem wie folgt: „Wir suchen das direkte Gespräch mit unseren Mitbürgern über die Leistungen Europas und die großen Aufgabenstellungen der Zukunft und arbeiten daran mit, die Umsetzung und die Wirkung der Gemeinschaftspolitiken auf die Gebietskörperschaften zu erklären und darzulegen.“¹⁷ Angesichts der britischen Brexit-Entscheidung und des überall in den EU-Staaten wachsenden Europaskeptizismus ist dies ohne Zweifel eine besonders vordringliche Aufgabe.

Weiterführende Literatur

Christoph Hönnige/Diana Panke: The Committee of the Regions and the European Economic and Social Committee: How Influential are Consultative Committees in the European Union?, in: *Journal of Common Market Studies*, 3/2013, S. 452-471.

Piattoni Simona/Justus Schönau: *Shaping EU Policy from below: EU Democracy and the Committee of the Regions*, Cheltenham/Northampton 2015.

Gerhard Stahl: Der Ausschuss der Regionen: Politische Vertretung und Lobbyist für Städte und Regionen, in: Doris Dialer/Margarethe Richter (Hrsg.): *Lobbying in der Europäischen Union: zwischen Professionalisierung und Regulierung*, Wiesbaden 2014, S. 127-140.

12 AdR: Themes in 2015, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/opendays/od2015/theme.cfm (letzter Zugriff: 25.8.2016).

13 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): *Umsetzung und Wirkungen der Strategie „Europa 2020“ in deutschen Regionen*, in: BMVBS-Online-Publikation, 24/2012.

14 AdR: Grundsatzerklärung zu den Aufgaben, 2009, S. 1-2.

15 Simone Piattoni/Justus Schönau: *Shaping EU Policy from below: EU Democracy and the Committee of the Regions*, Cheltenham / Northampton 2015, S. 156.

16 AdR: Annual Impact Report 2015, COR-2016-01748-00-00-TCD-EDI.

17 Siehe „Grundsatzerklärung zu den Aufgaben“ des AdR, 2009.